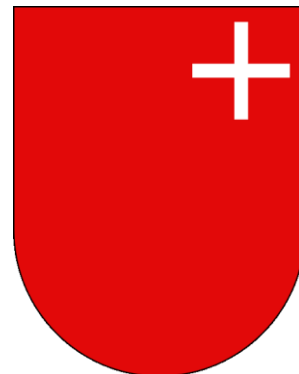


Abstimmungsparen der SVP des Kantons Schwyz für die kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 24. September 2017 *

JA zur Aufhebung des Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung

Unnötige Gesetze und Sonderprivilegien sind ersatzlos zu streichen! Eine Mehrheit des Schwyzer Kantonsrats stützt dabei die Haltung der Regierung Ausgaben in diesem Bereich von ca. Fr. 130'000.- pro Jahr bis 2027 einzusparen, ehe die Subventionen ab diesem Zeitpunkt ohnehin enden. Raumplanerische Anreize sind im Planungs- und Baugesetz vorhanden.

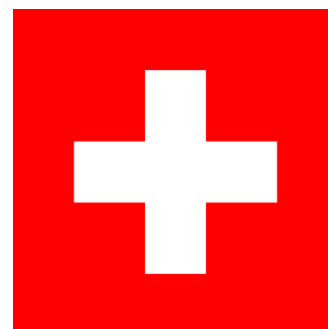


JA zur Kündigung der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen

Die jährlichen Zahlungen von rund 1.8 Millionen Franken an Kultureinrichtungen sollen neu über den Lotteriefond abgewickelt und nicht mehr über die allgemeine Staatskasse belastet werden. Dies benötigt vorderhand eine Kündigung der Vereinbarung. Damit wird der Schwyzer Haushalt Jahr für Jahr spürbar entlastet – ohne absehbare Konsequenzen im Kulturbereich.

JA zum Bundesbeschluss über die Ernährungs-Sicherheit

Inländische, nachhaltige Produktion und Lebensmittelverarbeitung sollen in der Bundesverfassung verankert werden. Damit wird dem Grundsatz einer starken, einheimischen Landwirtschaft Rechnung getragen. Ziel ist ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad, wollen wir uns nicht weiter vom Ausland abhängig machen.



NEIN zum Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und

NEIN zum Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

Es gilt das heutige Rentenniveau zu sichern. Ein Ausbau der Leistungen ist mit Blick auf die sich abzeichnenden Defizite und der anstehenden demographischen Entwicklung (wir werden immer älter und beziehen dadurch länger AHV / immer weniger Arbeiter im Vergleich zu den Rentnern) nicht finanzierbar. Mit dieser Scheinreform unter dem Diktat von CVP und SP gerät unser wichtigstes Sozialwerk bereits ab dem Jahre 2025 wieder in Schieflage! Die Last tragen dabei die Jungen, die Arbeiterschaft und die Konsumenten u.a. durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.6 Prozent.